

4. Jahrgang Nr. 5  
Berlin, Mai 1928

Preis: 10 Pfennig  
10 Rappen - 10 Kop.

# DER ROTE HELFER



*Kämpft für die Freilassung der proletarisch-politischen Gefangenen*

# Der 1. Mai, die „Rote Hilfe“ u. die Wahlen.

VON JACOB SCHLÖR

## I.

Wieder werden auch an diesem 1. Mai in machtvollen Demonstrationen der Arbeiter, der Angestellten und Beamten die roten Banner wehen, werden unsere alten Kampfparolen und unsere Gegenwartsforderungen auf Fahnen, Plakaten und Transparenten uns allen voranleuchten als Zeuge und Bürge kommenden Sieges der Arbeiterklasse. Die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied der Partei ist es, die an diesem Tage demonstriert, ihren entschlossenen Kampfwillen dokumentiert, die bereits besessenen aber wieder verloren gegangenen Bastionen zu erringen, den Kampf für den Achtstundentag nicht eher einzustellen, bis er sicheres und unverlierbares Gut aller Werktätigen ist.

Wie der Kampf um den Achtstundentag eine Forderung der gesamten Arbeiterklasse ist, so ist auch der Kampf um die Amnestie der proletarischen Gefangenen eine Aufgabe, die alle klassenbewußten Proletarier zu erfüllen haben, ganz gleich, ob und welches Mitgliedsbuch sie in der Tasche tragen. Kampf um die Vollamnestie unserer eingekerkerten Klassengenossen, daß sei unsere Losung an diesem 1. Mai.

Aber der 1. Mai des Jahres 1928 steht im Zeichen der bevorstehenden Wahlen. Rüttelt die Lauen, die Trägen auf, ruft sie zu unserem Kampf um die Amnestie der proletarisch politischen Gefangenen! Dann leistet Ihr Wahlarbeit für die Klassenzele des Proletariats.

## II.

Am 20. Mai wird allen über 20 Jahre alten Deutschen Gelegenheit gegeben, ihre „staatsbürgerlichen Rechte“ auszuüben, indem sie einen Stimmzettel in die Wahlurne werfen. Auf je 60 000 abgegebene Stimmen wird ein neuer Abgeordneter in das große Haus mit der goldenen Kuppel und der Aufschrift „Dem Deutschen Volke“ einziehen.

Dasselbe wiederholt sich in Preußen, Bayern, Württemberg und Oldenburg, nur mit dem Unterschied, daß dort schon weniger Stimmzettel genügen für die Wahl eines Abgeordneten.

Die Auswahl der „richtigen“ Abgeordneten wird den Wählern nicht leicht gemacht. An den Reichstagswahlen beteiligen sich allein 16 Parteien, und in den Ländern sind es nicht weniger, denn dort kommen noch die Sonderinteressen ganz kleiner Wirtschaftsgruppen hinzu. Zahlreiche Parteien verkünden in zahllosen Versammlungen, Zeitungen, Flugblättern und mit allen anderen Mitteln der Propaganda, daß nur Ihre Partei dem „deutschen Volke“ den einzig richtigen Weg aus der Misere „zum Aufstieg“ weise. Versprechungen werden gegeben, die von vornherein die Absicht des Stimmenfangs verraten. Die Wähler tun deshalb gut daran, diese Versprechungen mit größter Vorsicht aufzunehmen, die Wahlaufrufe kritisch zu lesen und die Parteien nicht nach ihren Reden und Versprechungen, sondern nach ihren Taten in der Vergangenheit abzuschätzen.

Die Rote Hilfe ist keine Partei. Sie ist überparteilich und ihre Mitglieder gehören verschiedenen Parteien an oder sind parteilos. Die Rote Hilfe verlangt daher auch von ihren Mitgliedern kein bestimmtes parteipolitisches Bekenntnis und beteiligt sich auch nicht an den Wahlen durch Aufstellung eigener Kandidaten.

Die R. H. D. ist entstanden in einer bestimmten Periode des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie und stellt sich einzig und allein die Aufgabe, die breitesten Massen der Werktätigen zu sammeln für den Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz, den weißen Terror, den Faschismus und für die Unterstützung aller proletarischen Opfer des geschichtlich notwendigen Kampfes aller Unterdrückten. Die Rote Hilfe benutzt aber auch die Wahlkampagne, sowie jede andere Gelegenheit, um ihre politischen Aufgaben zu propagieren und neue Anhänger für das große Solidaritätswerk zu gewinnen. Die Roten Helfer müssen deshalb auch in allen Wahlversammlungen erscheinen und gegenüber den Vertretern der verschiedenen Parteien unsere Forderungen:

Für eine bedingungslose Generalamnestie aller proletarisch-politischen Gefangenen!

Für die Wahl der Gefangenenbeiräte durch die Arbeiterorganisationen!

Für ein Freiheitliches Asylrecht!

Für die Ablehnung des neuen Strafgesetzentwurfes, des Strafvollzugsgesetzentwurfes und des Asylrechts-Gesetzentwurfes der Bürgerblockregierung! mit aller Energie vertreten. Überall dort, wo die werktätigen Massen in Versammlungen und Kundgebungen zu den bevorstehenden Wahlen Stellung nehmen, werden auch die Roten Helfer zur Stelle sein und zum Kampf gegen den weißen Terror und Faschismus, gegen die Verfolgung der Arbeiterorganisationen und gegen den barbarischen Strafvollzug der Bourgeoisie aufrufen.

Das glühende Bekenntnis der redengewandten Roten Helfer zu diesen Forderungen, sowie die vorgetragenen Tatsachen über die gewaltigen Leistungen der R. H. D. werden in der Öffentlichkeit Aufsehen erregen, das Interesse für unser großes Werk steigern und neue Mitstreiter gewinnen.

Schon die Frage nach unseren proletarischen politischen Gefangenen, nach der Amnestie, wird die meisten offiziellen Vertreter der verschiedenen Parteien in Verlegenheit bringen und uns die Möglichkeit geben, das Verhalten der einzelnen Parteien des alten Reichstages zu kennzeichnen. Wenn die Rote Hilfe diese Tätigkeit in den nächsten Wochen zielbewußt ausübt, wird sie nicht nur positive Arbeit im Sinne der Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen leisten, sie wird auch den breiten Massen die Entscheidung über die einzelnen Parteien bei der Wahl erleichtern.

## III.

Neben der Erfüllung der speziellen Aufgaben während der Wahlbewegung stehen die Mitglieder und Freunde der Roten Hilfe auch noch vor der wichtigen Entscheidung, welchen Kandidaten sie ihre Unterstützung und ihre Stimme geben sollen. Diese Entscheidung dürfte nicht schwer fallen, wenn sie sich orientieren nicht nach den Versprechungen und demagogischen Losungen der stimmenlüsteren Kandidaten, sondern nach der Haltung derer Parteien bei konkreten Fragen, die das Leben und die Aufgaben der Roten Hilfe angehen.

Es ist schon gesagt, daß die Rote Hilfe eine geschichtlich notwendige Aufgabe für das kämpfende Proletariat erfüllt. Daraus ergibt sich aber auch schon, daß die Rote Hilfe bei allen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit auf der Seite der aufsteigenden Klasse, des Proletariats, steht so wie alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger verhüllt auf der anderen Seite stehen. Die Tatsache, daß der Roten Hilfe auch Mitglieder bürgerlicher Parteien angehören, ändert daran nichts. Diese Außenseiter der bürgerlichen Klasse, die die Rote Hilfe unterstützen, tun das aus einer bestimmten ehrlichen, anständigen Einstellung heraus, und zwar im Widerspruch zu den politischen Zielen aller bürgerlichen Parteien, die für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft, ihren Staat und seinen Einrichtungen sind. Gleichzeitig bewußte Unterstützung der proletarisch-politischen Gefangenen und der bürgerlichen Parteien, die die Träger der Verfolgung der Arbeiterschaft sind, ist undenkbar.

Die Sozialdemokratische Partei, in deren Reihen viele Arbeiter organisiert sind, bekennt sich in der Theorie zum Sozialismus und Klassenkampf. Gleichzeitig aber leugnet sie den bürgerlichen Klassencharakter des demokratischen Klassenstaates und der demokratischen Justiz. Dadurch wird ihre theoretische Abgrenzung gegenüber den bürgerlichen Parteien zur belanglosen Aeußerlichkeit. In der Praxis läuft die Politik der SPD, auf die Unterstützung des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen „Ordnung“ hinaus. Für diese Behauptung könnten hunderte Fälle angeführt werden.

Die Rote Hilfe verwirklicht eine der besten proletarischen Traditionen, indem sie die Solidarität mit allen Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz organisiert. Als Massenorganisation tut sie das, was schon ganz kleine sozialdemokratische Gruppen während des Sozialistengesetzes getan haben. Die SPD. verweigert die Unterstützung der Roten Hilfe. Sie verbietet ihren Mitgliedern den Eintritt in die R. H. und sie befindet sich in einer Front der Verleumdungen und Verfolgungen der Roten Hilfe mit den Staatsanwälten, der Polizei und der schwärzesten Reaktion. Diese Haltung der SPD, hat natürlich politische Gründe. Die SPD. trägt die Verantwortung für den größten Teil der proletarischen Justizopfer. Die SPD. bereitet sich auch auf eine Reichsregierung der Koalition mit den bürgerlichen Parteien vor. Sie weiß, daß ihre Verantwortung für kommende Triumphe der bürgerlichen Klassenjustiz wieder sichtbar werden wird für große Massen der Werktätigen. Eine Organisation, die den Opfern dieser Justiz Hilfe bringt und breite Massen gegen diese „Recht“sprache mobilisiert, für die die SPD. mitverantwortlich ist, ist ein Stein des Anstoßes für die sozialdemokratische Politik. Deshalb verbrennt die SPD. auch das, was einmal zu ihren besten Traditionen gehörte.

In der Linie der Verteidigung des bürgerlichen Staates liegen auch all die Verfügungen und Erlasse, die von Sozialdemokraten während ihrer Regierungsperioden ergangen sind. Wir erinnern nur an das Dekret der ehemaligen preussischen Volksbeauftragten gegen die Versuche der Arbeiter- und Soldatenräte, die „Unabhängigkeit“ der bürgerlichen Richter zu beschränken und der Kontrolle der Arbeiterräte zu unterstellen. Ferner die Verfügungen über das Schlichtungswesen, die Gesetzentwürfe über den „Arbeitsfrieden“, die den Raub des Streikrechts forderten und die berüchtigten Ebert-Verordnungen für die Sondergerichte. Auch auf dem Gebiet der Rechtsprechung betätigten sich führende Politiker der SPD. im Sinne der Bourgeoisie. Erst in den letzten Wochen wurde das skandalöse Urteil gegen den Berliner Arbeiter Oscar Jandke bekannt, an dessen Verurteilung u. a. auch der Staatsminister a. D. Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der Metallarbeiterverbandsvorsitzende Brandes und Herrmann Müller-Berlin mitwirkten.

Eine wirkliche Unterstützung bei ihrer Hilfstätigkeit und bei ihrem politischen Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und allen anderen Aufgaben erhielt die Rote Hilfe bisher nur die Unterstützung der Kommunisten. Die Kommunisten waren es immer, die mit offenem Visier in den Parlamenten, in den Betrieben und in allen Arbeiterorganisationen für die Rote Hilfe eintraten. Wenn die Roten Helfer am 20. Mai ihren Stimmzettel in die Wahlurne werfen, dann soll dieser Stimmzettel gleichzeitig eine Zensur sein, die sie den Parteien für ihre bisherige Haltung gegenüber der Roten Hilfe und ihren Aufgaben ausstellen. Unter diesen Umständen wird es den Roten Helfern nicht schwer fallen, die richtige Entscheidung zu fällen. Sie dürfen sich aber nicht darauf beschränken, nur geeignete Vertreter in die Parlamente zu entsenden. Die Parlamente werden von sich aus weder den politischen Gefangenen die Gefängnistore öffnen, noch den barbarischen Strafvollzug einer Aenderung unterziehen, wenn sie nicht von den breitesten Massen der Werktätigen dazu gezwungen werden. Diese breiten Massen für die Forderungen der Roten Hilfe in Bewegung zu bringen, sie für unseren Kampf zu mobilisieren, das ist die wichtigste Aufgabe der kommenden Wahlbewegung.

Verbreitet überall den „Roten Helfer“

# Galerie der Henker

VON EGON ERWIN KISCH

Hinckeldey, Liquidator der 48er Revolution.

Der Liquidator der Errungenschaften von 1848 und Hauptschöpfer des preußischen Polizeigeistes, Karl Ludwig von Hinckeldey, fiel am 10. März 1856 in einem Duell, zu dem er selbst herausgefordert hatte. Noch merkwürdiger aber als die Tatsache, daß ein Polizeipräsident bei gesetzlich verbotener Handlung und als deren Urheber stirbt, ist es, daß er diesen Tod als Opfer des Junkertums oder einer Clique von Junkern erlitt, er, Karl Ludwig von Hinckeldey, der zeitlebens die reaktionären Bestrebungen des Junkertums durch bürokratische Maßnahmen herzhaft ergänzte hat.

## Als Vollstrecker der Reaktion.

Schon sein Amtsantritt war eine Mißachtung der neuen Konstitution: sein Vorgänger, Herr von Bardenheben, hatte es abgelehnt, eine Polizeizensur über Plakate und Druckschriften auszuüben, da dies der Verfassung widerspreche. Daraufhin wurde aus Merseburg der Oberregierungsrat v. Hinckeldey geholt, von dem die höfischen Kreise alles eher gewärtigen dürften als derartige Skrupel. Kaum im Amte, entfesselte er die wütesten Reaktion, drakonische Meldevorschriften traten in Kraft, die Fremdenkontrolle wurde rücksichtsloser gehandhabt als es jemals außerhalb Rußlands vorgekommen war (selbst in Kriegszeiten kannte man derartige Schikanen nicht), die 1848 entstandenen demokratischen Zeitungen wurden erdrosselt, die Vereine geknebelt, alle Abzeichen von roter Farbe verboten, die Verhaftungen von „Demagogen“ wuchsen von Tag zu Tag und mit Hilfe des von der Polizei gekauften Handlungsdieners Ohm wurde die Verhaftung des demokratischen Führers Dr. Waldeck in Szene gesetzt. Die mit 1. Januar 1851 in Kraft getretene Erweiterung des Personaletats führte zur Anstellung von enorm vielen Geheimagenten und zur Bezahlung von Spitzeln, deren erstes Werk der Prozeß gegen die in Deutschland ansässigen Mitglieder des von Karl Marx geleiteten Kommunistenbundes war: gegen den nachmaligen Oberbürgermeister von Köln, Dr. Becker, den Arzt Dr. Jacoby, den Dichter Ferdinand Freiligrath und viele andere.

## Polizei gegen Justiz.

Es ist wahr, daß Hinckeldey aus Gründen der Korrektheit gegen die Wiederanstellung des schlimmsten Lockspitzels aller Zeiten, des nachmaligen Polizeidirektors Wilhelm Stieber mit den



## Die Preßgesetze im März 1849

„Aber ich bitte Sie um Alles, was haben's mich da vors Criminalamt bestellt?“

— Herr Pichelmeyer Sie sind des Hochverraths angeklagt. Der Verfasser des besagten schmachvollen Flugblattes, so wie der Verleger, der Drucker, der Setzer, der Austräger und der Papierhändler sind flüchtig geworden, so haben wir uns denn an den Lumpensammler halten müssen, der die quastionierten Lumpen bei Ihnen gekauft zu haben eingeständig ist.

Justizminister (Simons) und der Oberstaatsanwalt Jahre lang den polizeilichen Interessen untergeordnet haben, mögen Ew. Exzellenz aus Tatsachen ersehen, welche ihrer Zeit den tiefsten Unwillen, aber auch einen panischen Schrecken unter den Justizbeamten erregt und damals das Uebergewicht der Polizei über die Justiz vollendet hat.“

Diese Willkür gegen Justiz und Gesetz bewies Hinckeldey besonders gegen einen Ausländer Josef Jeannes, der in der Berliner Gesellschaft als Prinz Leo von Armenien galt, sich aber während seines viermonatigen Aufenthalts in der Residenzstadt keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht hatte. Hinckeldey vermutete in dem angeblichen Prinzen einen fortschrittlichen Aus-

länder, da in seinen beschlagnahmten Briefen Sympathien für Kossuth und Louis Blanc zutage gekommen waren, und ließ ihn widerrechtlich unter denkbar strengsten und entwürdigenden Bedingungen im Arbeitshaus festhalten. Hier wie im Fall des griechischen Gelehrten Simonides, der der Akademie der Wissenschaften durch Leipziger Professoren einen (nachträglich als gefälscht erkannten) Codex zum Kauf anbieten ließ, ging Hinckeldey beziehungsweise sein Sicherheits-Chef Stieber so eigenmächtig vor, daß es zur Einleitung des Disziplinarverfahrens kam.

## Die Schließung des Jockey-Clubs.

Ob nun Hinckeldey unter der Feindschaft des Volkes litt (das ihn „Pinkel-Bey“ nannte) oder ob er zeigen wollte, daß er gegen alle Klassen mit der gleichen Furcht vorgehe, oder ob er die während des Krimkrieges für das Zarentum bemühten preußischen Junker haßte, die ihn, den Abkömmling des kleinen Beamtenadels nicht für voll nahmen, — Faktum ist, daß er gegen den feudalen „Jockey-Club“ energisch vorging. Er ließ diesen Herd der Aristokratie wegen unerlaubten Harsardspiels durch den Polizeileutnant Damm ausheben und sperren. (Zur „Ehrenrettung“ Hinckeldeys hat man Damm später nach Paderborn abgeschoben und seine Handlung als eigenmächtige zu charakterisieren versucht). Aber es war nicht so leicht, gegen den Adel vorzugehen wie gegen das Volk. Hinckeldey starb daran. In brücker Weise stellte ein Herr von Rochow-Plessow den Geh. Oberregierungsrat wegen der Schließung des Jockey-Clubs zur Rede, und Herr v. Hinckeldey forderte seinen Beleidiger vor die Pistole.



Der Berliner Polizeipräsident v. Hinckeldey (1848—1856)

## Das Duell.

Am Forsthaus Königsdamm fand der Zweikampf statt, zu dem der Polizeigewaltige schlotternd erschien und bei seinem Freunde M. U. Dr. Hassel „ein bis an Wehmut grenzendes Mitleid“ erregte. Beim zweiten Kugelwechsel wurde er in die rechte Seite des Thorax (Brustkorb) getroffen und starb sofort. Friedrich Wilhelm schien sehr erschüttert über den Tod des Mannes, der ihm immer mit gruseligen Verschwörergeschichten und deren romantischen Aufdeckung durch die geniale Polizei zu dienen gewußt hatte, und am Begräbnistage begab er sich allerhöchstpersönlich in die Hinckeldeysche Wohnung, um der Witwe Sein Beileid zu sagen und zu versprechen, daß Er für die Familie sorgen wolle.

## Umschwung in der Volksstimmung.

Die Tatsache, daß der Polizeichef „von der Hand des Junkerclubs niedergestreckt“ worden, war geeignet, den verhaßten Mann über Nacht schier zu einem Heiligen des Volkes zu machen. Eine „für die armen Hinterbliebenen nach dem Geheimen Oberregierungsrat Herrn Karl Ludwig Friedrich von Hinckeldey“ eingeleitete Sammlung ergab bereits am Begräbnistage nahezu elftausend Taler. An der Stelle, wo ihn in der Jungfernheide der Schuß getroffen, wurde ein Sandsteinkreuz aufgerichtet, das zwanzig Jahre später durch ein granitenes ersetzt wurde. Wenn Hinckeldey wirklich mit seiner letzten Maßnahme dem Volke zeigen wollte, daß er zwar brutal und schroff, aber es ohne Ansehen der Bevölkerungsschichten sei, so war ihm dies durch seinen Tod gelungen.

## Begnadigung des Duellgegners.

Hinckeldeys Amtsnachfolger wurde Herr von Zedlitz-Neukirch, und die Geisteskrankheit des Königs veranlaßte die adeligen Volksfeinde dazu, mit den bürokratischen Volksfeinden ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, das nicht mehr gestört wurde.

Die Witwe Hinckeldeys reichte ein Gnadengesuch für den zur Festungshaft verurteilten Herrn v. Rochow ein, und Friedrich Wilhelm genehmigte es.

Der Begnadigte wurde als Vollstrecker junkerlicher Rache in seinen Kreisen gebührend geehrt, mit politischen Mandaten überhäuft, und hochbetagt, als Vizepräsident des Preußischen Herrenhauses, starb Herr von Rochow-Plessow, der den Herrn von Hinckeldey getötet.

# ÜBERALL WÜTET *den*



**Rada Wujowitsch.**

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, auch Jugoslawien genannt, soll noch in diesem Jahre das zehnjährige Jubiläum seiner Entstehung — als Kind imperialistischer Friedensverträge „feiern“. Die Arbeiterklasse, die ausgepressten Bauernmassen als auch die unterdrückten Nationen unter der Knute der herrschenden serbischen Militaristen und Unterdrücker werden unter anderem auch die Bilanz der Opfer dieser zehnjährigen Gewaltherrschaft mit entsprechenden Schlußfolgerungen und Lehren ziehen.

Erst in den letzten Jahren ist etwas konkreteres über den weißen Ochrana-Terror, der in Jugoslawien seit Jahren in unbeschränktem Maße herrschte, in die breite europäische Öffentlichkeit gedrungen. Es liegt

uns nicht zur Hand, die Ursachen dieser Tatsachen zu untersuchen, wir werden uns lediglich aufs Kürzeste die Folterkammern der serbischen sozialen und nationalen Henker beleuchten. Vor allem schicken wir voraus, daß nach authentischen, aber aus rein technischen Gründen nicht vollständig abgeschlossenen Untersuchungen, von 1919 bis zu dem Augenblick, in dem diese Zeilen niedergeschrieben werden, folgende Opfer von den werktätigen Massen aller Nationen Jugoslawiens auf dem Schlachtfelde der sozialen und Klassen- wie auch der national-revolutionären Kämpfe gebracht wurden:

**15 politische Todesstrafen,  
5800 offene und geheime politische Morde,  
30 000 politische Verhaftungen und  
3000 politische Emigrationen.**

Alein im Jahre 1927 wurden in diesem Lande nicht weniger als 4842 Verhaftungen von revolutionären Arbeitern — die als Kommunisten verfolgt sind, durchgeführt. Die obige Zahl bedeutet nur einen Bruchteil angesichts der in die Tausende gehenden Verhaftungen in den national-revolutionären Kämpfen.

Vor allem in Mazedonien, Montenegro, Dalmatien, Kroatien usw. wurden 4842 eingekerkerte revolutionäre Arbeiter zu insgesamt 203 Jahre Gefängnishaft verurteilt, gerichtlich wurden 55 politische Gefangene zu 202½ Jahr Zuchthaus verurteilt, ausgewiesen wurden aus den Städten, in denen sie tätig, in denen sie geboren waren, 173 Arbeiter (nach gesammelten Daten von nur 6 Provinzen), auf insgesamt 848 Jahre. Augenblicklich befinden sich in 13 jugoslawischen Zuchthäusern ohne die mazedonischen und montenegrinischen National-Revolutionäre 41 Kommunisten, die 325 Jahre Zuchthaus abbüßen sollen. Im Jahre 1927 standen in zwei Provinzen 92 revolutionäre Klassenkämpfer im Hungerstreik mit insgesamt 760 Tagen. Diesen kalten, blutigen Zahlen müssen noch die Hunderte mazedonischen und montenegrinischen Revolutionäre hinzugefügt werden, die in den Kerkern Jugoslawiens schmachten und deren Strafen weit über 1000 Jahre Zuchthaus ausmachen. Es sei noch bemerkt, daß augenblicklich etwa 1200 Mazedonier in Untersuchungsgefängnissen schmachten.

Aus diesen nackten Zahlen läßt sich ersehen, wie die großserbische Gewaltherrschaft ihre Macht über ein Land von 12 Millionen Einwohner der verschiedensten Nationalitäten aufrechterhält. Obwohl in Jugoslawien keine revolutionären Aufstände, wie z. B. in Bulgarien, in Erscheinung traten, zeigt sich doch ohne Übertreibung, daß selbst der Stellungsklassenkrieg in Jugoslawien Zehntausende von Opfer gefordert hat.

Jugoslawien war auch eines der ersten Länder auf dem Kontinent, das — ohne von einem revolutionären Aufstand heimgesucht zu werden — den Vorhutorganisationen des revolutionären Proletariats, der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, ihrem Jugendverband, den Roten Gewerkschaften und ihren Hilfsorganisationen, der R. H. und der I. A. H. gegenüber den rücksichtslosesten weißen Terror anwendete.

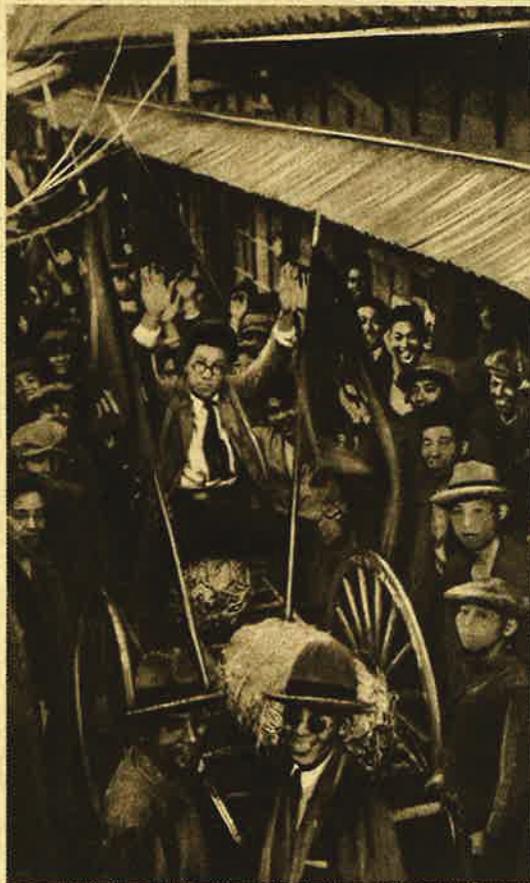
Auf Grund der Ausnahmeverordnung, das G. „Obznana“, wurden bereits im Dezember 1920 über 300 Verhaftungen von Arbeitern und Funktionären der obengenannten Organisationen vorgenommen. Die „Obznana“ war der Vorankünder des im Jahre 1921 schon durch das Parlament (Skupstina) angenommenen Gesetzes zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Staate. Auf Grund dieses reaktionärsten unter den reaktionären „Staatschutzgesetzen“ (das später als Muster für ebenbürtige Gesetze in anderen Ländern diente), das besonders zum Zweck der Bekämpfung der stärker anwachsenden kommunistischen Bewegung eingebracht war, wurden die K.P.J., der K.J.V.J., die Roten Gewerkschaften, später, 1924, die Unabhängige Arbeiter-Partei usw. verboten. Auf Grund dieses Gesetzes wird durch den § 1 im Sinne des Strafgesetzbuches jede Propaganda, sei es mündliche, schriftliche, die bestrebt sei, die „öffentliche Ordnung“ zu gefährden, als „Verbrechen“ analysiert und durch den § 2 alle die im § 1 aufgeführten Handlungen, die sich insbesondere gegen die kommunistische Propaganda richten, mit 20 Jahren Zuchthaus oder Todesstrafe bestraft. Auf Grund dieses Gesetzes sind die drakonischsten Strafen für Streikurheber und Streikende in Staatsbetrieben und

für Staatsbeamte vorgesehen. Selbst die Teilnahme an einer Demonstration oder Versammlung, die einen „antistaatlichen Charakter“ haben, oder das Tragen von Abzeichen, Fahnen und Aufschriften wird nach den §§ 12 und 13 mit mindestens 1 Jahr Gefängnis und bis 50 00 Din. Geldstrafe belegt.

Dieses reaktionäre und willkürliche Gesetz der Machthaber, das den letzten Schein von einer parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung wegriißt, schafft den Polizeiorganen die bestmöglichen Vollmachten in der Untersuchung der einzelnen, von der Ochrana angeklagten Personen.

Die Folterungen und Schikanen der jugoslawischen Ochrana gegenüber revolutionären Arbeitern und national-revolutionären Kämpfern, deren Methoden selbst spanische Inquisitoren und mittelalterliche kirchliche und weltliche Herrscher bei weitem an Blutrünstigkeit, Raffinement und Sadismus übertreffen, sind blutige Dokumente auf dem schweren aber ruhmvollen Weg der Werktätigen aller Nationen Jugoslawiens. Der Entscheidungskampf für die Befreiung aller Werktätigen steht noch nicht in der Vorderlinie, vorläufig ist es nur ein Wetterleuchten. Unzählige Opfer werden bis zum Endsiege noch fallen. Bis dorthin ist es eine der vornehmsten Aufgaben des internationalen Proletariats, aller fortschrittlich gesinnten Schichten der westeuropäischen Länder gegen die Knebelung, Unterdrückung, die blutrünstigen Folterungen und Verfolgungen der großserbischen Henker gegenüber den Werktätigen aller Nationen Jugoslawiens den schärfsten Kampf anzusagen.

Eine umfangreiche organisierte Aktion im politischen und materiellen Sinne im internationalen Maßstabe in dem Augenblick, wo auf dem Balkan neue Kriegsabenteuer in aller „Stille“ vorbe-



**Ein japanischer Agitator hält vor Arbeitern einer Spinneret in Kawasaki eine Rede.**

# WEISSE TERROR!

reitet werden, würde im wesentlichen dem Kampf der Entrechteten und Ausgebeuteten in Jugoslawien zu Hilfe kommen.

Die Parole von außen an die Machthaber von Belgrad muß lauten:  
**Schluß mit den bestialischen Foltern an den politischen Gefangenen!**  
**Für eine allgemeine Amnestie an den politischen und militärischen Gefangenen!**

**Für eine internationale Enquete gegen die Blutherrschaft in Mazedonien!**  
 Belgrad, im April 1928.

## Rettet das Leben des bedrohten Revolutionärs Todor Pawlow!

Der Revolutionär Todor Pawlow, der für 12½ Jahre wegen seiner revolutionären Tätigkeit hinter bulgarischen Kerkermauern dahinsiechen soll, hat an die mazedonischen Autonomisten einen offenen Brief gerichtet in dem er mitteilt, daß ein Anschlag auf sein Leben geplant sei. Abschriften des Briefes wurden an zahlreiche Zeitungen des In- und Auslandes gesandt. Todor Pawlow wurde vor einigen Monaten aus dem Sofioter Zentralgefängnis ins Plowdiwer Kreisgefängnis überführt; die Befürchtungen seiner Frau, daß dies geschehen sei, um ihn leichter ermorden zu kön-



Todor Pawlow mit seiner Familie



Eingekerkerte politische Gefangene Griechenlands

1. J. Arvanitakis — 2. B. Papanicolaon — 3. A. Georgakis  
 4. Ch. Papadopoulos — 5. Ph. Cammonas — 6. K. Vasaras — 7. K. Schidis

nen, scheinen sich als richtig zu erweisen. Aus dem offenen Briefe ergeben sich die folgenden Tatsachen: Der Gefängniswärter Dumtscheff hat im Auftrage der mazedonischen Autonomisten, einer faschistischen Organisation, und der örtlichen Faschisten, einige kriminelle Gefangene (deren Namen werden im Briefe angeführt) dazu verleitet, Pawlow und den thrazisch Revolutionär Marin Adamow zu ermorden. Für die Ausübung des Verbrechens wurde ihnen Begnadigung in Aussicht gestellt. Der Thrazier Adamow ist bereits ermordet, und zwar während des Transportes in das Gefängnis Jakuruda. Jetzt soll als nächster Pawlow dem faschistischen Terror zum Opfer fallen. Pawlow klagt in seinem Briefe die autonomistische Mörderzentrale sowie die bulgarische faschistische Regierung an, schon öfters versucht zu haben, ihn zu ermorden. Er richtet an die Öffentlichkeit des In- und Auslandes den Appell, dem Treiben der bulgarischen Mordfaschisten Einhalt zu gebieten.

Die bulgarische Regierung hat durch ihr offizielles Organ „Demokratischeski Sgowor“ den Brief Pawlows in folgenden Worten beantwortet:

„Der Brief T. Pawlows wird den bolschewistischen Propagandazentralen in Europa und den verschiedenen Ligen neuen Anlaß geben, sich wieder mit Protesten gegen Bulgarien zu besudeln... Wenn die Provokateure à la Pawlow auch beschlossen haben, uns zu provozieren und Bulgarien zu verletzen, dann können wir sie des Erfolges versichern: unsere Geduld ist zu Ende, man hat uns herausgefordert und wir werden ähnlichen Provokationen ein für alle Mal und auf entschiedene Weise ein Ende setzen.“

Mit diesen Worten bestätigt die Regierung in vollem Umfange Pawlows Befürchtungen und stellt den Mordfaschisten einen Freibrief aus, Pawlow zu ermorden! Hier muß die internationale Öffentlichkeit eingreifen, ehe es zu spät ist. **Rettet Todor Pawlow vor der Ermordung durch die bulgarischen Henker!**

Im Juni  
 Kommunisten-  
 prozeß  
 vor dem Aus-  
 nahmegericht.

Wie aus Rom gemeldet wird, hat die Kommission des Sondergerichtshofes zum Schutze des Staates die Untersuchung gegen die verhafteten ehemaligen Abgeordneten der kommunistischen Partei Maffi, Riboldi, Ferraro, Grieco und Molinelle beendet. Sie werden im Juni vor Gericht erscheinen.



Karte von Italien mit den Namen der hauptsächlichsten Gefängnisse, in denen Kommunisten und andere Antifaschisten untergebracht sind. (Postkart. von der italienischen Gruppe der Roten Hilfe Frankreichs in Paris herausgegeben)

# Moprsache ist Frauensache!

VON CLARA ZETKIN



*Clara Zetkin begrüßt im Namen des Präsidiums, des Exekutiv-Komitees der I. R. H. den Kongreß der Mopr der Sowjet-Union, der am 18. März 1928 in Moskau eröffnet wurde. Der gesamte Kongreß hatte sich zu Ehren unserer Clara Zetkin von den Plätzen erhoben und begrüßte mit stürmischer Freude die greise Vorkämpferin des Weltproletariats.*

Hinein in die Mopr, an die Arbeit für die Mopr! Das muß eine verpflichtende Losung für alle schaffende Frauen sein, die unter Mühsal, Not und Unfreiheit seufzen, und deren dunkle Sehnsucht oder helle Erkenntnis nach einem Leben in Freiheit und Kultur verlangt, das wert ist, gelebt zu werden. Diese Sehnsucht ist nicht nur die Sehnsucht der Frauen allein, sie ist die Sehnsucht und der Wille aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, der Männer wie der Frauen. Sie geht heute über den ganzen Erdball. Wo es Unterdrückte und Ausgebeutete gibt, rütteln sie an ihren Ketten, erheben sie sich gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter, ihre Herren und Peiniger. Mit unsagbarer Brutalität und Grausamkeit suchen die Nutznießer von Gold und Macht ihre alte Herrschaftsgewalt uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Faschismus, weißer Terror, Justizschmach sind in allen kapitalistischen Ländern Alltagserscheinungen. Erschreckend groß ist die Zahl der im Interesse der Ausbeutenden, Gemarterten, Eingekerkerten und hinter Zuchthausmauern Gequälten und Verkümmerten.

Schaffende Frauen! Diese Opfer nimmersatter Beute- und Machtgier sind auch für Euer Sehnen und Wünschen gefallen. Ihr tapferer, heldenhafter Kampf sollte Ketten lockern und sprengen, die auch Euren Leib bedrücken, Eurem Geist die Flügel knicken. In allen Ländern, in denen sich Unfreie und Ausgeplünderte gegen Knechtschaft und bitterste Not erhoben haben, befinden sich auch Frauen unter den Erschlagenen und zu Tode Gefolterten, unter den Schmachtenden hinter Kerkertoren. Ein Heer von leidenden, entbehrenden Frauen und Kindern steht hinter den revolutionären Kämpfern, die der Hügel deckt, oder die in den Bastillen dahinsiechen.

Die Mopr ist die große internationale Freundin und Helferin der kaum zu Zählenden, die ihr Alles, auch Leben und Freiheit, im Kampfe gegen Ausbeutung und Versklavung selbstlos hingegeben haben. Sie bringt Trost, Erquickung, Beistand in die Zuchthäuser und Festungskasematten; sie lindert das Elend der Frauen und Kinder ohne Versorger und Brot; sie gibt Verfolgten Rechtsschutz und sorgt dafür, daß politische Flüchtlinge sicheres Asyl und festen Boden für Arbeit und Unterhalt gewinnen. Als wertvollste Gabe übermittelt sie ihnen allen das Bewusstsein, daß sie unvergessen sind, daß die Solidarität von Ungezählten sie umgibt. Sie erhält und stärkt damit revolutionäre Kräfte.

Den Frauen wird nachgerühmt, daß die Mutterschaft sie besonders empfindsam und mitfühlend für Leiden und Dulden

macht. Schaffende Frauen! Beweist Eure warmherzige menschliche Mütterlichkeit! Zeigt, daß Eure verständnisvolle Solidarität mit den Opfern revolutionärer Kämpfe groß genug ist, um täglich die biblische Legende von dem Schärfelein der Witwe hilfsbereite Tat werden zu lassen. Es darf Euch nicht genügen, Mitglieder der Roten Hilfe zu sein. Tätige und betätigte Rote Helferinnen müßt Ihr werden! Sammelt für die Eingekerkerten und ihre Familien alles, was die quälende Not mildert, was Geist und Gemüt erquickt und erhebt. Unterhaltet schriftlich und persönlich freundschaftlichen Verkehr mit ihnen. Wendet Eure besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge den Heimen der Mopr für die Kinder der Gemordeten und in den Zuchthäusern Dahinsiehenden zu. Kurz, nützt jede Gelegenheit und jeden Weg, den Ehrennamen als Rote Helferin zu verdienen.

Befreiungserlangende Frauen, seid der Mopr dankbar! Sie eröffnet Euch ein fruchtbares Tätigkeitsfeld, sie ermöglicht Euch den Nachweis, daß Euer Verstehen weitreichender, Euer Herz größer und heißer, Euer Wollen und Handeln kraftvoller ist, als es das Wirken in dem engen Familienheim erfordert. Sie verknüpft Euch mit Eurem Fühlen, Denken und Tun in internationaler Solidarität mit den Niedergetretenen, aber auch mit den stolz Aufrichtenden und Vorwärtstrendenden der ganzen Welt. Sie gibt Euch das Bewusstsein Eurer Pflicht und Eures Rechts als Weltbürgerinnen einer freien Zukunft. So führt Euch die Mopr auf die Bahn höheren kulturellen Lebens.

Bezeugt durch Eure Tätigkeit, daß Ihr dessen wert seid! Laßt lebendiges Leben die Losung werden;

**Moprsache ist Frauensache!**

**Clara Zetkin.**



*In Moskau tagte der 4. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale. Er nahm eine Resolution an, in der er alle der R. G. I. angeschlossenen Sektionen und die oppositionellen Minderheiten in den Amsterdamer Gewerkschaften zum Kampf gegen den internationalen weißen Terror und den Faschismus verpflichtet. Unser Bild zeigt das Präsidium und einen Teil des Plenums.*

# DIE 2-REICHSKONF. DER „Österreichischen Roten Hilfe“

## VON M. SCHORR · WIEN

Die II. Reichskonferenz der Oesterreichischen Roten Hilfe, die am 10. und 11. März tagte, hat gezeigt, wie tief der Gedanke der internationalen Solidarität, die Idee der Roten Hilfe in den Funktionären dieser Organisation verankert ist.

Die Konferenz war besetzt von 84 stimmberechtigten Delegierten und setzte sich zusammen aus 51 Kommunisten, 21 Sozialdemokraten und 12 Parteilosen. Die Zusammensetzung zeigt auch, daß die R.H.-Funktionäre vorwiegend Betriebsarbeiter sind.

Genossin Schorr eröffnete die Konferenz und gedachte vor allem der 90 Toten, die von Polizeikugeln in den Straßen Wiens fielen, ferner der Genossen Tkatschenko, der beiden Märtyrer Sacco und Vanzetti und des Genossen Eugen Landler. Ferner gedachte die Konferenz der zehntausender politischer Gefangener, die in den Kasematten der Bourgeoisie schmachten und sandte Grüße und Versicherungen ihrer Solidarität.

Es begrüßten die Konferenz der Vertreter des E.K. der I.R.H., Vertreter der R.H. der Tschechoslowakei, der Allweltlichen Esperantisten, der K.P.Oe., der K.J., der Oesterr. I.A.H., ferner ein Vertreter der politischen Emigranten und die Kinder der Julioffer, die von der R.H. nach Deutschland geschickt worden waren. Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft waren trotz

der an sie gesandten Einladungen nicht erschienen. Die Konferenz nahm folgende Resolutionen an: Gegen den weißen Terror und Faschismus, gegen Asylrechtsbrüche und Polizeiterror in Oesterreich, gegen die Auflösung des R.F.B., gegen die Verfolgung der Hromda (zum jetzigen Prozeß in Wilna). Ferner wurden Begrüßungsschreiben abgesandt an das E.K. der I.R.H., an die Mopr der U.d.S.S.R., an Clara Zetkin, an die Hromada-Angeklagten, an die politischen Gefangenen in Sofia, Jilava und Petrikau, sowie an die Genossen Rakosi und Szanto, Boris Stefanow und Bujor, Max Hoelz. An die sozialdemokratische Parlamentsfraktion und an die Landesregierung, die zur Konferenz eingeladen worden, aber nicht erschienen waren, wurden Schreiben abgesandt, die sich mit der Asylrechtsfrage und der Ausweisung politischer Emigranten beschäftigten.

Der ausführliche schriftliche Bericht, der den Delegierten vorgelegt wurde und die Ausführungen der Genossen Schorr und Brodnig haben gezeigt, welchen Verlauf die Entwicklung der R.H. seit der ersten Reichskonferenz genommen hat. Zur Zeit der ersten Konferenz hatte die R.H. 3000 Mitglieder, jetzt 9450. Die Einnahmen sind von S 46 066 auf S 111 607 gestiegen. Bis zum 15. Juli war die Hauptaufgabe der Oe. R.H. die Unterstützung politischer Emigranten aus den Terror- und Faschistenländern. Im Jahre 1925 verausgabte sie für die Unterstützung politischer Emigranten 20 673 S., im Jahre 1927 31 674 S. Für Rechtsschutz im Jahre 1925 4232 S., im Jahre 1927 8455 S. Für die Julioffer wurden 50 000 S verausgabt. Auch in bezug auf die anderen finanziellen Leistungen sind ebenfalls Steigerungen zu verzeichnen.

Die Berichte zeigen auch die großen Leistungen der R.H. auf politischem Gebiet für die Emigration, für politisch Inhaftierte und in der Freilassungskampagne für die Julioffer. Während der zwei Jahre führte die R.H. einen systematischen Kampf für das Asylrecht; ein Gesetzentwurf wurde der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion von der Internationale Proletarischer Freidenker überreicht, für den die Oe. R.H. 35 000 Unterschriften sammelte. Außerdem führte sie einen zähen Kampf gegen jede einzelne Ausweisung und für die Aufenthaltsmöglichkeit jedes einzelnen politischen Emigranten.

Aus den Berichten geht hervor, daß die politischen Emigranten nicht nur unter den Verfolgungen der Polizeidirektion zu leiden hatten, sondern daß auch die Wiener Landesregierung die Reklame der politischen Emigranten gegen die Ausweisungen abwies und somit die Ausweisungen bestätigte. Diese Mitteilung wurde von allen Delegierten ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit mit Befremden und Entrüstung zur Kenntnis genommen. —

An der Diskussion beteiligten sich die Delegierten fast aller Bezirke. Sie erörterten alle sehr ernst und sachlich die Aufgaben der R.H. und brachten sehr wertvolle Anregungen und Vorschläge vor. Im Rahmen der Reichskonferenz wurde eine Konferenz mit den Provinzdelegierten abgehalten, die von besonderem organisatorischem Wert für die Arbeit in der Provinz war.

Das Referat über „internationale Lage und Aufgaben der R.H.“ erstattete der Vertreter des Exekutivkomitees der I.R.H. Der Redner zeigte an Hand umfangreichen Zahlenmaterials die Leistungen der I.R.H. für die Opfer des weißen Terrors und des Faschismus.

Genosse Wachs referierte über die nächsten Aufgaben der Oe. R.H. und beschäftigte sich mit den Vorstößen des Faschismus in Oesterreich. Er zeigte auf Grund der letzten Ereignisse auf, wie die reaktionären, bewaffneten Formationen und Verbände in immer engere Verbindung mit dem Staatsapparat kommen, sich der Staatsapparat immer mehr zu einem faschistischen gestaltet. Der Redner beschäftigte sich auch mit dem Betriebsfaschismus und insbesondere mit der hinterlistigen, eigentümlichen Art der österreichischen Klassenjustiz. Die Richtlinien, die der Konferenz



Am 10. und 11. März tagte in Wien die II. Reichskonferenz der österreichischen Roten Hilfe.

vorgelegt und einstimmig angenommen wurden, stellen der Oe. R.H. folgende unmittelbare Aufgaben: **Systematischer Kampf gegen den Faschismus, breiteste Aufklärung der Arbeiterschaft über den wahren Charakter der österreichischen Klassenjustiz und Kampf gegen sie, sowie die Fortsetzung der Asylrechtskampagne.** Zur moralischen und materiellen Unterstützung der politisch Inhaftierten in den Terrorländern sollen mehr als bisher **Patenschaften** über die politischen Gefangenen übernommen werden. Das proletarische **Rechtsschutzwesen** muß ausgebaut werden. Hervorzuheben ist auch der Beschluß, die Arbeit in den **Betriebsgruppen** intensiver zu führen und mehr Betriebsgruppen zu schaffen. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, ein **Emigrantenheim** in Wien zu schaffen und durch eine groß angelegte Sammelkampagne die finanziellen Grundlagen für dieses Heim zu schaffen. Die **Asylrechtsfrage** behandelte Genosse Dr. Schönhof in einem ausführlichen, instruktiven Referat. Aus diesem Referate haben alle Delegierten Material über die Geschichte des Asylrechtes, über die Durchbrechung dieses Rechtes durch die bürgerlichen Regierungen erhalten.

In den Zentralvorstand wurden 21 Genossen gewählt, darunter 4 Sozialdemokraten und 2 Parteilose. Auch die Kontrollkommission ist aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzt.

Die Konferenz zeigte, daß die Oesterreichische Rote Hilfe ihre Aufgaben erfüllt hat, daß sie sich auf dem Wege zu einer Massenorganisation befindet und ihre Tätigkeit und ihre Parolen geeignet sind, die breitesten Massen der Werktätigen für die praktische internationale Solidarität zu gewinnen.

# EINST



# JETZT



**geändert?**

Hämmert in  
die Hirne:  
Kampf um

# AMNESTIE!

## Sechs Jahre unschuldig im Zuchthaus!

Bereits in der Aprilnummer des „Roten Helfer“ haben wir ausführlich über das unglaubliche Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik an dem Arbeiter Oskar Jandtke berichtet.

Trotzdem Jandtke zur Zeit der Straftat bereits im Gefängnis saß — er wurde im Dezember 1921 verhaftet —, soll er an Straftaten des Jahres 1922 teilgenommen haben. Durch eine völlig unhaltbare, jeglichen Rechtsbegriffen völlig Hohn sprechende Konstruktion, hat der Staatsgerichtshof judiziert, daß Jandtke im Jahre 1922 seine Straftaten fortgesetzt habe und hat dies zum Anlaß genommen, dem revolutionären Arbeiter die Amnestie vom 21. Juli 1922 zu versagen.

Die Roten Helfer werden gewiß fragen, aus welchem Grunde man erst jetzt gegen diesen offenbaren Rechtsbruch der Niedrerei protestiert? Aber die Ungeheuerlichkeit, die der Staatsgerichtshof im Falle Oskar Jandtke beging, erklärt auch diese Tatsache.

Fast scheint es, als ob sich der Staatsgerichtshof bewußt war, welches Verbrechen er im Falle Jandtke beging; denn ausdrücklich wurde im Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik vom 30. November 1923 erklärt, daß dieses Urteil „geheim, wegen Gefährdung der Staatssicherheit“ sei. Jedenfalls wurde bei allen Nachforschungen dem Vertreter der Roten Hilfe stets diese Antwort gegeben.

Erst vor wenigen Wochen ist es gelungen, das Urteil im Fall des Arbeiters Oskar Jandtke dennoch zu erhalten und diesen ungeheuerlichen Fall deutscher Klassenjustiz überall anzuprangern.

Bei dieser Arbeit wurde noch eine sehr wesentliche und wohl zu beachtende Tatsache festgestellt. Das Urteil gegen den Arbeiter Oskar Jandtke, in dem ihm widerrechtlich die Ansprüche auf die Amnestie des Jahres 1923 geraubt wurden, das Urteil, das das ungeheuerlichste Schanddokument darstellt, das der proletarischen Öffentlichkeit bisher bekannt geworden ist, ist von dem Sozialdemokraten Wolfgang Heine, dem ehe-



Johannes Drews,  
ein aufrechter proletarischer Kämpfer der von  
einem schlafenden Richter abgeurteilt wurde.

maligen preußischen Justizminister, dem Verbandsvorsitzenden Brandes vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, und von Hermann Müller, Bundesvorstandsmitglied des ADGB., die als Beisitzer des Staatsgerichtshofes fungierten, unterschrieben.

Diese schamlose Handlung der sozialreformistischen Führer paßt sehr gut zu dem Amnestieverrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im März 1928; sie zeigt sehr deutlich, was es Freunden der Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen für eine Bewandnis hat.

Wir werden nicht müde werden, überall öffentlich anzuprangern, daß an Oskar Jandtke ein Justizverbrechen verübt wurde; Oskar Jandtke, der schon fast 6 Jahre unschuldig hinter Kerkermauern schmachtet, muß frei werden! Kampf um die Amnestie der proletarisch-politischen Gefangenen! Das ist die Losung, die in diesen Wochen Richtschnur für die Arbeit aller Roten Helfer ist.



Oskar Jandtke

Freunde und Genossen! Nicht alle Dankbriefe unserer proletarischen politischen Gefangenen können wir hier veröffentlichen. Aber daß Eure Geburtstagsgrüße eine Freude, ein Lichtstrahl für sie bedeuten, das geht aus allen Briefen hervor, die uns erreichen und gewiß nicht nur aus denen, die die Gefängnis-Verwaltungen zulassen. Genosse Max Mehlhorn schreibt uns aus dem Zuchthaus Sonnenburg:

„... Herzlichen Dank für Eure Geburtstagsgrüße sowohl als auch für Paketchen. Habe mich sehr gefreut darüber und habe mir alles gut munden lassen. War es doch ein freudiger Tag für mich, als es eintrat. — Eine Bitte hätte ich an Euch. Es ist des Oefteren in letzter Zeit vorgekommen, daß Genossen an uns hier Bücher schicken, da sie aber ihre eigene Adresse sehr unvollkommen angeben, so ist es uns dann unmöglich, an sie zu schreiben. An mich kam zu meinem Geburtstag ein Buch mit dem Absender „Hermann Spierung, Schonnebeck, Luisenstr. 3. Ja, das ist ganz schön, aber wo liegt dieses Schonnebeck nun? Da liegt der Hase im Pfeffer. Macht doch bitte, soweit es möglich ist, die Genossen darauf aufmerksam.“

Was wir hiermit getan haben.

Heute veröffentlichen wir die Liste derjenigen proletarisch-politischen Gefangenen, die im Mai-Juni Geburtstag haben. Wir haben diesmal auch die Dauer ihrer Strafhaft hinzugefügt. Kämpft um ihre Amnestie!

## Vergesst nicht den Geburtstag der politischen Gefangenen!



22. 5. 1904: Heinrich Meyer, z. Zt. Hamburg-Bergedorf, 1 Jahr Festung. — 23. 5. 1899: Hermann Franke, Waldheim, 9 Jahre Zuchthaus. — 24. 5. 1876: Oskar Jandtke, Sonnenburg i. Mark, 8 Jahre Zuchthaus. — 25. 5. 1890: Thomas Köpfl, Straubing, 7 Jahre Zuchthaus. — 25. 5. 1902: Erich Zaretzke, Sonnenburg i. Neumk., 12 Jahre Zuchthaus. — 27. 5. 1901: Wilhelm Seyfried, Ludwigsburg i. Wittbg., Strafanst., 1 Jahr Gefängnis. — 27. 5. 1898: Hans Albert Wetzel, Waldheim i. Sa., 2 Jahre Zuchthaus. — 2. 6. 1894: Peter Behrend, Gollnow i. Pom., 10 Monate Festung.

— 3. 6. 1894: Alfred Menzel, Sonnenburg i. Mrk., 9 Jahre Zuchthaus. — 4. 6. 1899: Wilh. Schurf, Cassel-Wehlheiden, 7 Jahre Zuchthaus. — 4. 6. 1890: Friedrich Rohlfing, Bremen, Gefangenenhaus, 1½ Jahr Festung. — 11. 6. 1900: Gerhard Gosing, Gollnow i. Pom., 1 Jahr Festung. — 13. 6. 1898: Wilhelm Walter, Rendsburg, 5 Jahre 8 Monate Zuchthaus. — 15. 6.: Oswin Böhme, Ichtershausen i. Thür., Strafanstalt, 14 Monate Gefängnis. —

Vergeßt nicht, Eure Absender-Adresse deutlich anzugeben!

# Frau Meyer muß es wissen

Von Slang

**Richter:** Ich eröffne die heutige Sitzung und stelle die Anwesenheit sämtlicher Angeklagten und Nebenkläger fest. Herr Justiz-Wachtmeister, rufen Sie die Zeugin Meyer herein!

**Frau Meyer:** Du großer Gott, Herr Direktor, was soll ich denn hier? Ich bin die Frau Meyer aus Luckenwalde und habe rein gar nichts gesehen. Lassen Sie mich doch fort, mein guter Herr!



Der preußische Klassenjustizminister Schmidt, — — — lächelnd.

**Richter:** Sie sind als Zeugin geladen und müssen natürlich vernommen werden. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich Sie eventuell auch vereidigen werde. Kennen Sie die Bedeutung des Eides?

**Frau Meyer:** Ach, Du mein lieber Herr Jesus! Ich bin vierundsiebzig Jahre alt und habe noch niemals was mit den Gerichten zu tun gehabt. Und jetzt in meinen alten Tagen soll ich auch noch schwören? Wo ich überhaupt nicht gesehen habe?

**Richter:** Ich habe Sie gefragt, ob Sie die Bedeutung des Eides kennen!

**Frau Meyer:** Lassen Sie mich doch fort, mein guter Herr! Ich bin die Frau Meyer, mit „Y“ aus Luckenwalde, und wenn ich schwören soll, fall ich hier auf der Stelle um.

**Richter:** Sie sind von der Verteidigung geladen, um auszusagen, daß Sie nichts von einem Ueberfall gesehen haben, der von 600 Nationalsozialisten auf 23 Rotfront-Kämpfer ausgeführt worden sein soll, wie die Herren Nebenkläger behaupten. Haben Sie also zum Beispiel gesehen, wie

in Trebbin ein Nationalsozialist mit einer Fahnenstange in das Abteil der Kommunisten hineingestochen hat?

**Frau Meyer:** Nee, ich habe nicht nich gesehen. Ich war doch gar nicht in Trebbin. In meinem ganzen Leben noch nicht bin ich in Trebbin gewesen. Wo soll denn das Trebbin sein?

**Richter:** Sie haben also nichts bemerkt. Herr Protokollant, notieren Sie: Die Zeugin Meyer aus Luckenwalde gibt an, nichts davon gesehen zu haben, wie ein Nationalsozialist mit der Fahnenstange in das Abteil der Roten Frontkämpfer hineingestochen hat. Frau Zeugin! Ich frage Sie weiter: Ist Ihnen etwas darüber bekannt, daß Nationalsozialisten das feindliche Abteil mit Steinen bombardiert haben sollen? Aber sagen Sie die reine Wahrheit! Sie werden nachher von mir vereidigt werden, und alles, was Sie jetzt aussagen, geht auf Ihren Eid. Mit einem Meineid laden Sie eine schwere Schuld auf Ihr Gewissen, und außerdem erwartet Sie dann eine empfindliche Strafe. Auf Meineid steht Zuchthaus, auf einen fahrlässig geleisteten Falscheid Gefängnis. Sie wissen also, was Ihnen droht, wenn Sie etwas geseh — wenn Sie etwas Unwahres aussagen. Ich wiederhole meine Frage: Haben Sie etwas von Steinwürfen gegen das Kommunisten-Abteil bemerkt?

**Frau Meyer:** Lassen Sie mich doch in Ruhe, Exzellenz! Ich bin doch eine alte Frau und gar nicht mit dabei gewesen. Wie kann ich da was von Steinwürfen gesehen haben?

**Richter:** Sie geben also zu, nichts von Steinwürfen bemerkt zu haben. Herr Protokollant, notieren Sie das! Ich frage Sie weiter! Frau Zeugin: Haben Sie beobachtet, daß von den Nationalsozialisten auf die Frontkämpfer geschossen worden sein soll? Ueberlegen Sie sich genau, was Sie jetzt sagen!

**Frau Meyer:** Geschossen? Du lieber Himmel! Wer soll denn geschossen haben? Nee, ich habe nicht gehört.

**Richter:** Sie haben also auch keine Schüsse bemerkt. Halten Sie es für möglich, daß die Nationalsozialisten auf die roten Frontkämpfer geschossen haben könnten?

**Frau Meyer:** Wie kann denn ein gebildeter Mensch überhaupt auf einen anderen Menschen schießen?

**Richter:** Das meine ich auch. Herr Protokollant, schreiben Sie: Die Zeugin hält es für ausgeschlossen, daß von den Nationalsozialisten auf die Frontkämpfer geschossen worden sein kann. Wir kommen jetzt zum zweiten Teil Ihrer Vernehmung, der sich auf das Verhalten der Roten Frontkämpfer bezieht. Ich erinnere Sie noch einmal kurz an die Tatsachen: Am Abend des 20. März 1927 fuhr eine Schalmeien-Kapelle des Roten Frontkämpferbundes von Jüterbog nach Berlin. In Trebbin stiegen 5—600 uniformierte Nationalsozialisten dazu. Die Roten Frontkämpfer behaupten nun, auf der Fahrt von Trebbin nach Berlin-Lichterfelde von den Gegnern gestochen, mit Steinen beworfen, beschossen und beim Aussteigen schwer mißhandelt worden zu sein. Als Beweis führen sie an, daß 13 von ihnen schwer verwundet wurden, und daß der Waggon, in dem sie saßen, eine ganze Menge von Einschußstellen aufweist. Unsere Aufgabe ist es nun, eine Erklärung für die Verletzungen der Frontkämpfer zu finden. Dabei sollen Sie uns helfen, Frau Zeugin.

**Frau Meyer:** Ich kann nicht mehr, Herr Präsident. Mir ist ganz übel geworden.

**Richter:** Herr Justiz-Wachtmeister, bringen Sie der Zeugin einen Stuhl und ein Glas Wasser. Zeugin! Kennen Sie die Strecke nach Berlin? Kennen Sie den Bahnhof in Lichterfelde-Ost?

**Frau Meyer:** Natürlich, Herr Rat! Ich bin doch aus Luckenwalde und fahre öfter zu meiner Tochter, die in Berlin verheiratet ist. Soll denn das auch ein Verbrechen sein?

**Richter:** Wir stellen fest: Die Zeugin fährt regelmäßig nach Berlin, kennt die Strecke genau, gleichfalls den Bahnhof in Lichterfelde. Frau Zeugin: Haben Sie schon einmal einen Stein aus einem Fenster fliegen sehen?

**Frau Meyer:** Warten Sie mal, Herr Richter. Jawohl. Natürlich! Ich ging damals noch in die Schule und

**Richter:** Es interessiert uns nicht, ob Sie an dem fraglichen Tage noch schulpflichtig gewesen sind oder nicht. Schreiben Sie, Herr Kollege: Die Zeugin gibt an, gesehen zu haben, wie Steine aus dem Fenster geflogen sind. Wissen Sie, daß Kommunisten zuweilen auch schießen? Denken Sie scharf nach!

**Frau Meyer:** Sie meinen wohl die Spartakisten? War das nicht 1918. Und vorher sollen doch auch die Kommunisten in Rußland viele Menschen erschossen haben?

**Richter:** Sehen Sie, meine liebe Frau Meyer, Sie gehören zu den Leuten, deren Gedächtnis mit der Zeit immer besser und besser wird. Wir können also schreiben: Die Zeugin weiß, daß die Kommunisten geschossen haben. Wieviele Schüsse mögen sie denn abgegeben haben? Vielleicht zehn? Oder meinen Sie etwa zwanzig?

**Frau Meyer:** Aber das weiß ich doch nicht, Herr Scharfrichter! Ich habe doch überhaupt niemanden schießen sehen!

**Richter:** Das ist doch unerhört! Vor genau einer Minute haben Sie mir erklärt, daß von den Kommunisten geschossen worden ist, und jetzt wollen Sie auf einmal wieder nichts bemerkt haben?

**Frau Meyer:** Ich bin doch eine alte Frau. Vierundsiebzig Jahre alt.

**Richter:** Wollen Sie damit sagen, daß Sie zuweilen von Ihrem Gedächtnis im Stiche gelassen werden?

**Frau Meyer:** Das stimmt schon. Wen man alt wird, wird man vergeßlich.

**Richter:** Haben Sie nicht das Aufblitzen der Schüsse im Frontkämpferabteil gesehen? Andere Zeugen haben nämlich bekundet, daß sie einen Blitz, einen Feuerschein oder eine Art Flammenstrahl beobachtet haben.

**Frau Meyer:** Wenn es die Leute sagen, wird es schon stimmen. Meine Augen sind ja schon so schwach. Ich kann nämlich gar nicht mehr gut sehen, Herr Richter. Wenn ich nicht ganz genau wüßte, daß Sie ein Mensch aus Fleisch und Blut wären — erkennen kann ich es nicht.

**Richter:** Sie wollen also damit sagen, daß Sie das Aufblitzen der Schüsse unbedingt bemerkt haben müßten, wenn Sie noch im Besitze Ihrer vollen Sehkraft gewesen wären?



Auch unsere proletarisch-politischen Gefangenen von heute werden die Sieger von morgen sein! (Kerkerzene aus dem sowjetrussischen Film: Die letzten Tage von St. Petersburg).

**Frau Meyer:** Wenn Sie es sagen, wird es schon richtig sein, Herr Richter.  
**Richter:** Sie halten es natürlich auch für sehr wahrscheinlich, daß sich die Roten Frontkämpfer gegenseitig verletzt haben?

**Frau Meyer:** Das kann schon mal passieren.

**Richter:** Ich habe keine Frage mehr an die Zeugin. Ich werde sie jetzt vereidigen.

**Frau Meyer:** O Gott, o Gott, nur das nicht! Lassen Sie mich doch fort, mein guter Herr!

**Richter:** Wenn Sie Ihren Eid abgelegt haben, dürfen Sie gehen.

# Münchner Maitage. – Das Ende der Münchner Räterepublik.

A. W. Nach der Ermordung von Kurt Eisner stob der erste nachrevolutionäre Bayerische Landtag unter den Schüssen von Alois Lindner und anderen auseinander. Die Räte beherrschten wenigstens in München und Umgebung das Feld, während bereits nördlich der Donau die Bedeutung der von den Mehrheitssozialisten und zum Teil noch von der USP. gelenkten Räte hinter der Fata Morgana der verfassunggebenden bayerischen „Nationalversammlung“ zurücktrat. In der Münchner Regierungszentrale fielen die politischen Entscheidungen. Die noch stark kleinstädtischen und kleinstädtischen Massen waren aufgewühlt und reagierten intensiver. Trotzdem verfügten MSP. und USP. in der gesamt-bayerischen, in München tagenden Rätevertretung über eine ansehnliche Mehrheit. Die revolutionären Kräfte der USP.

und der KPD. begannen sich erst nach und nach unter dem Feuer der sich konzentrierenden Gegen-



Ohne Fleischmärkte!  
Ein in Sozialistischer Hand  
wird. Hungerdemonstration

revolution zu organisieren. Die Führer der rechtssozialistischen und unabhängigen Mehrheit konpromisselten mit den Mehrheitsparteien des bayerischen Landtages, um eine Regierung zustandezubringen, die formell den Wünschen des Rätekongresses und praktisch den Absichten der „regierenden“ Landtagsparteien entsprach.

Anfang April sollte der Landtag wieder in München zusammen treten. Es handelte sich offenbar um eine Provokation, auf die eine Gruppierung von mehrheitssozialistischen Agenten, besinnungslosen Anarchisten, ewig rechnungsträgerischen Bauernbündlern und einflussreichen Unabhängigen mit der Inszenierung der ersten Scheinräterepublik in den ersten Tagen des April antwortete, obwohl Eugen Leviné-Niessen, der Führer der Kommunisten, vor diesem unüberlegten Husarenstreich warnte, der den im Hintergrunde lauenden Reaktionären und Militärbestien nur den erwünschten Vorwand bieten mußte, in einer blutigen Metzerei über die Münchner Arbeiter herzufallen und sich an ihnen für den Sturz der Monarchie zu rächen.

Aus der Posse der ersten Räteregierung wurde eine Tragödie, als die Regierung Hoffmann den Versuch unternahm, durch einen überraschenden Putsch gewisser Teile der republikanischen Schutzwehr der Scheinräterepublik ein Ende zu bereiten. Ein Teil der Räteregierung, darunter auch Erich Mühsam, wurde festgenommen und — ehe Widerstand möglich war — auf einer bereitstehenden Lokomotive nach dem Zuchthaus Ebrach transportiert. Unter den Verhafteten befand sich auch der halb irrsinnige frühere Agent des deutschen Generalstabes, Dr. Franz Lipp, der als Volksbeauftragter für Auswärtiges fungierte und in dieser Eigenschaft das berühmte Abortschlüsseltelegramm an Tschitscherin-Lenin in Moskau richtete, wo es wohl als ein besonderes Kuriosum der Weltgeschichte aufbewahrt wird, wenn es überhaupt je angekommen sein sollte . . .

Die Münchner Arbeiter und Soldaten reagierten auf den mehrheitssocialistischen Palmsonntagputsch sofort mit einer bewaffneten Erhebung, die unter der Führung des später „auf der Flucht erschossenen“ Senheimer zur Niederschlagung der „republikanischen“ Putschisten führte. Leviné und den Kommunisten, die an der Abwehr hauptsächlich beteiligt waren und die schon vorher Maßnahmen zur Ablösung der ersten Scheinräterepublik durch eine

wirkliche Bewegung der Massen getroffen hatten, blieb nichts anderes übrig, als die Führung der zweiten Räterepublik auf der Basis der Münchner Betriebsräte und der Organisation einer Roten Garde und Armee zu übernehmen. Doch hatte die zweite Räteregierung, die unter dem Einflusse des später standrechtlich gemordeten Leviné und von Max Levien stand, nur 14 Tage Zeit, um sich ein wenig einzurichten. Alle Vorbereitungen zur Uebernahme der Produktion, vor allem der Banken, wurden getroffen, doch die Organisation der revolutionären Verteidigung absorbierte alle Kräfte. Die Münchner Räterepublik blieb auf München und die südbayerische Umgebung beschränkt. In Nordbayern und im übrigen Deutschland wurden trotz aller Einzelerhebungen der Arbeiter die breiten Massen von der MSP. beherrscht.

Leviné wußte es: es blieb nur ein ehrenvoller Untergang. Davon wollten aber Toller, Männer, Klingelhöfer nichts wissen. Sie suchten durch Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann um die harte Alternative des blutigen Kampfes herumzukommen. Der Gegner, der Ende April mit wenigstens 60 000 Mann auf allen Seiten Münchens stand, verlangte als Vorbedingung der Verhandlungen Auslieferung der Führer und aller Waffen.

Die Mehrheit der Münchner Betriebsräte stellte sich wenige Tage vor dem 1. Mai auf die Seite Tollers und seiner Genossen und ließ die Kommunisten fallen. Leviné warnte vor der Taktik der Verhandlungen. Wie recht er damit hatte, bewies der später bekanntgewordene Befehl Noskes an den Führer der Weißen, General von Oven, solange von der Regierung Hoffmann keinerlei Weisungen entgegenzunehmen, bis nicht München fest in seiner Hand sei. Verhandlungen mit der ohnmächtigen Regierung Hoffmann waren daher ganz zwecklos. Noske und seine Militärbestien wollten unter allen Umständen an den Münchner Rebellen ein Exempel statuieren. Das ist ihnen in vollem Umfange gelungen.

In einer letzten Sitzung der KPD. wollte man zunächst dem Kampfe ausweichen, um unnötige Opfer zu vermeiden, um nach Möglichkeit die Waffen zu behalten.

Die Münchner revolutionären Arbeiter und Soldaten ließen sich aber nicht mehr halten, als sich die Kunde von der bestialischen Abschachtung und Niederschießung wehrloser roter Sanitätär und Gefangener verbreitete. Am 30. April wurden daraufhin im Luitpoldgymnasium zehn Reaktionäre erschossen, die Stempel des Vollzugsrates, der Eisenbahn und des revolutionären Oberkommandanten Eglhofer gefälscht hatten. Angeblich lag ein Befehl Eglhofers vor, der sich aber als gefälscht herausstellte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Fälschung eine reaktionäre Provokation war, die den aufgehetzten blutlechenden Weißen den Vorwand bieten sollte, noch am 1. Mai in München einzumarschieren. Eine Klärung konnte bis heute nicht erfolgen.

Während die beiden sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften im Münchener Kindkeller den ersten Mai feierten, zogen am anderen Ende der Stadt die Soldknechte der berücktigten Garde-Kavallerie-Schützendivision, die den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf dem Gewissen hat, unter dem Jubelgeplär der Bürger und dem besinnungslosen erotischen Gequatsche der fetten Bourgeoisiedämchen ein, die den Offizieren und Soldaten Blumen und Zigaretten zuwarfen und die mitgeführten Gefangenen — traurige und sorgenzerfurchte Proletariersgesichter — beschimpften und bespuckten. Für die meisten von ihnen hatte das letzte Stündlein geschlagen.

Nun begann ein wildes Schlachten. Der Matrose Eglhofer, der Kommandant der Roten Armee, wurde in der Münchner Residenz wie ein toller Hund erschlagen; Sontheimer, einer der aktivsten Kämpfer, der nie ohne Gewehr zu sehen war, niedergeschossen. Gustav Landauer, den man in Großhadern verhaftet hatte, wurde in Stadelheim eingeliefert und hier durch die von einem gewissen Freiherrn von Gagern aufgehetzten Soldaten mit Gewehrkolben und Revolvern abgemurkst. (Schluß folgt.)



Dr. Leviné spricht für das Räte-system  
am Oberwiesenfeld T. A. 19

## Klassenstrafvollzug in Preußen.

Der preußische Landtag behandelte in seiner Sitzung vom 6. März 1928 die Anträge zum Justizetat. Der kommunistische Antrag auf Streichung der Aufwandsentschädigung für den Justizminister wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, dagegen der Antrag angenommen, die Aufwandsentschädigung von 4 800 M. auf 12 000 M. zu erhöhen. Hierfür stimmten auch die Vertreter der SPD. Der kommunistische Antrag, auf je 500 Gefangene einen hauptamtlichen Arzt anzustellen, wurde gegen die Stimmen der KPD. und SPD. abgelehnt.

Gegen die Stimmen der kommunistischen Landtagsfraktion wurde dagegen der Antrag, den Gefangenen für ihre Arbeit den Tariflohn zu zahlen, abgelehnt. Durch die Gefangenen-Arbeit fließen dem bürgerlichen Staat jährlich etwa 15 Millionen Mark zu. An Lohn werden jedoch nur 1 498 000 M. verausgabt. Auch die SPD. stimmte für Ablehnung dieses Antrages. Ferner wurde auch der kommunistische Antrag abgelehnt, allen Gefangenen zwei Arbeitstage als drei verbüßte Tage anzurechnen, wie es in den Korrekptionsanstalten der Sowjet-Union üblich ist. Der Ablehnung verfielen weiterhin noch folgende Anträge: den Gefangenen das Selbstverwaltungsrecht durch Wahl von Gefangenen-Räten zu geben; Schwangere weder in Straf- noch in Untersuchungshaft nehmen zu lassen; den Staat zur Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen zu verpflichten; den Gefangenen mindestens alle 8 Tage einen Brief zu gestatten; den politischen Gefangenen das uneingeschränkte Recht zum Lesen von Zeitungen, Büchern und Broschüren jeder Richtung zuzubilligen, die zur Fesselung dienenden Werkzeuge und Vorrichtungen aus den Gefangenenanstalten zu entziehen.

## Die Befreiung eines proletarisch-politischen Gefangenen — — mit ungeladenem Revolver.

Selbst der Gegner muß es dem halben Dutzend Arbeitern, die den Kommunisten Braun aus Moabit befreiten, lassen: sie haben es ausgezeichnet gemacht. Darüber herrscht, bis zum Lokalanzeiger, nur eine Stimme. Und auch darüber kann kein Zweifel



**In Berlin trafen am 16. 4. einundzwanzig bulgarische Kinder ein, deren Väter und zum Teil auch Mütter, durch Zankoff-Banditen bestialisch erschlagen worden sind.**

Jetzt, nach Vollendung eines 5monatigen Erholungs-Aufenthaltes in unserem Kinderheim Mopr in Elgersburg, reisen sie nach der Sowjetunion, wo sie eine zweite, dauernde Heimat finden werden. Unser Bild zeigt die Kinder nach ihrer Ankomst in Berlin. Rote Helfer reichen ihnen Erfrischungen, bevor sie von ihren Pflegeeltern, bei denen sie einen Tag herzliche, gastliche Aufnahme fanden, in Empfang genommen wurden.

sein: sie haben nicht nur technisch hervorragend gearbeitet, sondern auch, trotz der unleugbaren Verletzung des Gesetzes, hochanständig gehandelt. Dafür läßt uns ihnen die Hand drücken, und nicht zuletzt dem tapferen Mädchen, das den Mann ihrer Wahl nicht im Stiche ließ, sondern Kopf und Kragen für ihn

wagte. Der Schlächter Philipp, der als einziger erwischt wurde, ist um der Treue willen, die er seinem Genossen hält, aller Hochachtung wert. Hier geht's um Dinge, die höher sind denn alle Paragraphen, nämlich um den Begriff höchsten menschlichen Anstands. Die Polizei hat die Pflicht, die Entflohenen zu verfolgen; man kann ihr daraus keinen Vorwurf machen. Aber weite Kreise des Volkes begleiten ihr Bemühen mit dem herzlichen Wunsche auf ein fröhliches Mißlingen.

Würden wir die gleiche Sympathie haben, wenn es sich um Hakenkreuzler handelte? Eine Gewissensfrage; aber getrost zu bejahen unter der Voraussetzung, daß die Umstände die gleichen wären. Bis jetzt ist der Fall nie aktuell geworden. Wenn, was oft genug vorkam, einer von ihnen ausrückte, geschah's noch nie so offen und geradezu, sondern heimlich und leise, sozusagen hinterherum, und unter Ausnützung aller Vorteile, die eine vaterländische Gesinnung ganz automatisch einbringt. Wäre aber je eine gewaltsame Befreiung vorgekommen, so hätten die Herren Befreier, auf eine mehr als 50prozentige Sicherung ihrer Unternehmungen eingeschworen, sie bestimmt nicht mit ungeladenem Revolver ausgeführt.

Man hat bei dem verhafteten Philipp keine Patrone entdeckt; hat auch keine im Gerichtsgebäude gefunden. Wenn man bedenkt, daß es sich um Kommunisten handelt, bei denen man eher ein Indiz zuviel findet als eins zu wenig, so ist das schlechterdings beweiskräftig. Die Revolver der kommunistischen Befreier waren ungeladen. Hat man mal schon einen Hakenkreuzler gesehen, der so seine Sache aufs Nichts stellte? Sie können den geladenen Revolver ja nicht einmal entbehren, wenn sie sich in dreißigfacher Uebermacht befinden! Daß ein Mensch, daß ein halbes Dutzend Menschen sich aufs Spiel setzt, ohne sich zu sichern — und das alles um eines idealen Zieles willen —; das ist die menschliche Seite des höchst ungesetzlichen „Wildwest in Moabit“.

(Aus: „Welt am Montag“, 16. 4. 28.)



# Rote Hilfe schickt entlassene Räterepublikaner zur Erholung in die Sowjet-Union.

## Herzlicher Empfang der Kämpfer in Leipzig.

Das Leipziger Proletariat bereitete den nach achteinhalb Jahren aus den bayerischen Kerkern in die Freiheit zurückgekehrten Räterepublikanern einen herzlichen Empfang, Ungebrochen und aufrecht sind die sieben nach jahrelanger Zuchthauschmach zurückgekehrt und haben sich sofort wieder in die rote Klassenfront eingereiht. Bei ihrer Ankunft auf dem Hauptbahnhof wurde ihnen von den Leipziger Arbeitern, die zu dem Empfang der sieben Genossen herbeigeiligt waren, Gruß und Dank gebracht.

Nach einer kurzen und kernigen Begrüßung durch den Sekretär der Roten Hilfe und der Gauleitung des R.F.B. wurden die bayerischen Genossen, mit roten Blumen geschmückt, nach der Grünen Schänke geleitet, wo von der Roten Hilfe eine Kundgebung veranstaltet wurde. Zahlreich war die Arbeiterschaft dem Rufe der R. H. gefolgt und füllte den Saal bis auf den letzten



Empfang der Räterepublikaner in Berlin, am Schlesischen Bahnhof. Genosse Steinfurth begrüßt die Genossen (von links nach rechts: Huber, Lindner, Kiek (hinter Steinfurth), Greiner, Gaell, Streidl, Lerner) im Namen der Roten Hilfe.

Platz. Ueber der Bühne leuchtete rot ein großes Transparent, das die Arbeiter mahnte, kämpft für die, die auch für Euch gekämpft!

Eingeleitet wurde die Kundgebung mit einem Musikstück der R.F.B.-Kapelle. Danach begrüßte Gen. Tscharniel im Namen der Roten Hilfe die in die Freiheit wieder zurückgekehrten Revolutionäre.

Unter dem Hinweis auf die moralische und materielle Unterstützung für die prol. pol. Gefangenen betonte der Gen. Tscharniel die Bedeutung der Roten Hilfe im Befreiungskampf des Proletariats.

Die Ausführungen des Vertreters der Roten Hilfe wurden mit einem Hoch auf die Rote Hilfe Deutschlands und die internationale proletarische Solidarität unter starkem Beifall aufgenommen.

Nach den Ansprachen sangen die Versammelten gemeinschaftlich „Brüder zur Sonne zur Freiheit“. Darauf nahmen die bayrischen Räterepublikaner selbst das Wort und brachten der Leipziger Arbeiterschaft in bewegten Worten ihren Dank für den herzlichen Empfang dar. Genosse Lindner, der als erster sprach, war von Freude und Begeisterung so überwältigt, daß er kaum sprechen konnte. Er legte das Gelöbnis ab, weiter wie bisher im revolutionären Kampfe seinen Mann zu stellen. Nach ihm ergriff Gen. Streidl das Wort, der für seine Leidensgefährten, die mit ihm achteinhalb Jahre in den Kasematten des faschistischen Bayern schmachteten, der Roten Hilfe für die Unterstützung, die sie ihnen während ihrer Leidenszeit angedeihen ließ, aussprach. Er schilderte mit drastischen Beispielen, wie die faschistische Justiz in Bayern an ihren wehrlosen Opfern ihre Rache nahm. Auch Gen. Streidl beendete seine Ansprache mit dem Gelöbnis, treu und unerschrocken zur Sache des revolutionären Proletariats zu stehen. Die Worte der unerschrockenen Kämpfer lösten bei den Versammelten lauten Beifall aus.

Nach dem Vortrag des Sprechchores „Kampf!“ begrüßte Genosse Schweigert die bayrischen Räterepublikaner im Namen der Kommunistischen Partei. Er erinnerte daran, wie es zur Ausrufung der Räterepublik kam und welche verräterische Rolle die

Sozialdemokraten Schnepfenhorst und Hofmann dabei gespielt haben. Genosse Schweigert gedachte der ermordeten unerschrockenen Vorkämpfer des Proletariats mit dankbaren Worten. Er kennzeichnete die gegenwärtige politische Lage und wie die Einkreisungspolitik der Imperialisten aller kapitalistischen Länder mit Hilfe der Reformisten den einzigen Arbeiterstaat der Welt zu erdrosseln und mit Krieg zu überziehen droht. Am Schluß rief er die Arbeiter zur kräftigen Solidarität und Abwehr auf.

## Die Räterepublikaner auf der Durchreise in Berlin.

Am Sonnabend, den 24. März, trafen die entlassenen sieben bayrischen Räterepublikaner, die zur Erholung von der Roten Hilfe nach sowjetrussischen Sanatorien gesandt wurden, in Berlin ein. Tausende Berliner Arbeiter hatten es sich nicht nehmen lassen, ihre proletarischen Kampfgenossen vom Bahnhof abzuholen und sie zu begrüßen. Der Empfang der Räterepublikaner durch die Berliner Arbeiterschaft wird diesen gewiß unvergeßlich sein. Ein riesiger Demonstrationszug, an dessen Spitze die Räterepublikaner schritten, führte zur Weberwiese, auf der Vertreter der Roten Hilfe und einige bayrische Genossen sprachen. Am Montag, den 26. 3. wurden die bayrischen Genossen vom Zentralvorstand, der zu seiner Vierteljahrs-Plenarsitzung zusammengetreten war, durch eine Ansprache des 1. Vorsitzenden der RHD, Genossen Wilhelm Pleck, begrüßt.

Abends fand ein von der RHD, veranstalteter Presseempfang statt, bei dem die Genossen Streidl, Greiner, Huber und Lindner sprachen und Anfragen anwesender Pressevertreter beantworteten. Packend war die Schilderung, die Alois Lindner gab. In lebhaften Worten schilderte er die Erregung der Münchner Arbeiterschaft nach dem bestialischen Mord an Kurt Eisner. Die Motive, die ihn zu seiner Tat veranlaßten, machte er so eindringlich seinen Zuhörern klar, gestaltete er so packend, daß man glaubte, Augenzeuge der Geschehnisse vor neun Jahren zu sein . . . .

Eisner ist ermordet! In den erregten Volksmassen pflanzt sich von Mund zu Mund der Ruf fort: „Da ist Auer schuld!“ Im Landtag hatte der Arbeiterrat ein Zimmer. Da stürzte er aufgeregt und erschüttert hin und vernahm dasselbe: „Auer ist schuld!“

Im gleichen Augenblick hielt Auer im Landtag die Trauerrede auf Eisner. „Da bin ich in fürchterlicher Erregung in den Saal gestürzt, auf ihn los und habe geschrien: „Du gemeiner Volksverräter! . . . da! . . . da! . . . und habe losgedrückt. Jawohl! Von der Galerie und vom Plenum wurde auch geschossen. Ich will raus, halt den Revolver vor mir, ein Mann tritt mir entgegen, ich weiß nicht wer, ich hab mit ihm gerungen, aber das

weiß ich gar nicht. Es war der Major Jarres. Der Mann will schießen, da hab ich losgedrückt. Ein Rotgardist schreit: „Du, Lindner, der Stadtkommandant will dich von hinten erschießen!“ Ich hab gar nichts mehr gewußt. Und: Wenn damals nicht der Graf Arco Eisner ermordet hätte, wäre es zu dem allem nicht gekommen . . .

Lindner schildert noch, wie er einmal ins Irrenhaus transportiert wurde, weil er sich beschwerte. Drei Mann packten ihn wie ein wildes Tier, schlugen ihn immer mit dem Kopf gegen die eisernen Gitter, gegen die Geländer, gegen die Mauer.

Im Irrenhaus: Steinzelle ohne Stuhl, ohne Bett, ohne Tisch, Essen auf dem Erdboden. Flehende Bitte: „Geben Sie mir doch wenigstens eine Kiste!“ Antwort: „Das mache ich aus prinzipiellen Gründen nicht.“

Das sind die Ausschnitte. Es muß grauenhaft gewesen sein. Dieser deutsche Strafvollzug! Alle Entlassenen haben eine rechte Dankbarkeit für die Rote Hilfe, „die einzige Organisation, die an sie dachte, für sie sorgte, für ihre Angehörigen, sie nicht vergaß.“

Am Dienstag, den 27. reisten die sieben bayrischen entlassenen Räterepublikaner mit noch vier weiteren Genossen nach der Sowjet-Union ab. Dem Genossen Eichmüller aus Nürnberg hatte die bayrische Polizei die Aushändigung eines Passes versagt, so daß er, den bayrischer Strafvollzug die Gesundheit zerrüttet hat, nicht mitreisen konnte.

Lest die Zeitschrift  
„Mopr“

Dieses monatlich einmal erscheinende Funktionärorgan der „Roten Hilfe“ ist durch jede Postanstalt zum Preise von 50 Pfg vierteljährlich zu beziehen.

# VON UNSERN ROTE-HILFE-KORRESPONDENTEN

## Berlin-Brandenburg.

Eine merkwürdige Amnestie-Kundgebung. Am Sonnabend, den 31. März 1928 hatte die Rote Hilfe in Rehbrücke eine Amnestie-Kundgebung einberufen, die im Saalbau am Bahnhof Rehbrücke stattfinden sollte; es war ein Lichtbilder-Vortrag vorgesehen. In letzter Stunde verweigerte der Wirt jedoch den Saal, so daß die Sache zu scheitern drohte. Der RFB, Nowawes, der inzwischen mit Kapelle angerückt war, durchzog mit Musik die Straßen von Rehbrücke und Bergfelde, wobei von den Genossen an die Einwohner fleißig Literatur und „Rote Helfer“ vertrieben wurden. In Bergfelde vor einem kleinen Lokal, in dem unsere Genossen ihre Sitzungen abhalten, wurde Rast gemacht. Viele Einwohner waren gefolgt und standen nun dicht gedrängt vor dem viel zu kleinen Lokal, um alle fassen zu können. Flugs wurde aus dem Lokal ein Tisch geholt, der Apparat aufgestellt und an 2 Telegraphenmasten die Leinwand befestigt. Immer mehr Neugierige kamen, um dem sonderbaren Treiben zuzuschauen. Nachdem die Stromleitung zum Apparat verbunden war, leuchtete in riesigen Lettern in das Dunkel der Nacht der Titel des Lichtbildervortrages: „Zaristische Kerkergeuel“. Nachdem ein Genosse der Kommunistischen Partei auf die Wichtigkeit der kommenden Wahlen hingewiesen und mit dem Appell, zum 20. Mai nur der Kommunistischen Partei die Stimme zu geben, geschlossen hatte, ergriff der Referent der Roten Hilfe das Wort. Mit Spannung verfolgten die Anwesenden den vorüberziehenden Bildern und die Ausführungen des Redners. Auch das herbeigeilte Landjägerkorps, das mit sehr gemischten Gefühlen dem sonder-



baren Treiben auf der Straße zugeschaut hatte, reckte die Häuse, um sich auch ja kein Bild oder Wort entgehen zu lassen. Der Referent schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, mit den städtischen Industriearbeitern gemeinsam die revolutionäre Klassenfront zu errichten und sich dem Sanitätskorps der kämpfenden Arbeiter im Kampfe gegen die bürgerliche Klassenjustiz, der Roten Hilfe, anzuschließen. Spontan erdröhte dann die Internationale in die Stille der Nacht. Von vielen Einwohnern wurde uns versichert, daß noch nie eine solche eindrucksvolle Kundgebung in Bergfelde-Rehbrücke stattgefunden habe. Sicher wird diese Veranstaltung dazu beitragen, der Roten Hilfe neue Massen zuzuführen. Trotz Sabotage, trotz Terror, marschiert die proletarische Solidarität unaufhaltsam.

## Ostsaachsen.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit im März standen die März-Kundgebungen. Jede Mitgliederversammlung, insbesondere die, in denen wir den Lichtbildervortrag über China hielten, wurde zu einer Märzfeier ausgestaltet, in der sowohl der Kommune von 1871, als auch der Kantoner Kommune gedacht wurde. Die größte und geschlossenste Kundgebung führten wir in Dresden durch. Nach einer eindrucksvollen Feier im „Reichsbanner“ formierte sich der wichtige Demonstrationzug, an dessen Spitze die Kranzdelegationen der Roten Hilfe, des RFB., RFMB, und der KPD, marschierten. Dieser Aufmarsch machte auf alle am Wege stehenden Menschen einen starken Eindruck. Unser Erfolg fällt um so mehr in die Waagschale, als am selben Tage Severing für das Reichsbanner in einer Kundgebung sprach. Einen schärferen Kontrast konnte man gar nicht herausarbeiten, als den zwischen unserer Demonstration zu Ehren der Gefallenen, für die Befreiung der Gefangenen, für den Kampf gegen die Willkürjustiz des Bürgerblocks und dem Zug, der unter Severings, des Bekämpfers und Henkers der Märzaktion, Protektorat vor sich ging. An den Gräbern hielten Vertreter des RFB, und der RHD, kurze Ansprachen. Noch am nächsten Tage kam ein parteiloser Arbeiter nach dem Büro unserer Organisation, um sich für die Anteilnahme der RHD, zu bedanken. Sein Bruder war einer der Gefallenen aus den Kampftagen.

In Dresden-Laubegast, Freiberg und Radeberg, in Freital und Sebnitz wurden ebenfalls März-Kundgebungen veranstaltet. Alle standen sie im Zeichen der RHD. Alle wurden zu Solidaritätskundgebungen mit unseren blutenden chinesischen Brüdern und mit den proletarischen politischen Gefangenen aller Länder.

Ebenso wichtig verlief der Empfang der bayerischen Räterepublikaner, über den wir an anderer Stelle berichten. Auch hier: Unbeugsamer Wille, für die Amnestierung aller



Rote Hilfe- Stand auf dem internationalen pädagogischen Kongreß der „Internationale der Bildungsarbeiter“ in Leipzig 9. bis 13. April 1928

proletarischen Gefangenen zu kämpfen. — Neben diesen Massenkundgebungen verstümmten wir nicht, die organisatorische Kleinarbeit, die immer getan werden muß. Im RFB, hielten wir einige Vorträge. Dadurch machten wir die Kameraden bekannt mit den neuen Maßnahmen, die die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse anwenden will und bereits gebraucht. Immer wieder machen wir unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit einer starken Propaganda mit dem Antistreichparagrafen aufmerksam. Die Arbeit wird durch die bevorstehenden Wahlen noch erschwert. Zwar haben wir jetzt guten Boden zum Ausbreiten unserer Gedanken und Forderungen, aber es ist nicht leicht, den finanziellen Verpflichtungen so nachzukommen, wie sonst.

Durch Referate über die Fememorde der Nationalisten rufen wir den Arbeitern die Ereignisse von 1923 wieder ins Gedächtnis. Dabei rücken wir aber auch gleichzeitig die Sabotage der Amnestie im Reichstag ins rechte Licht. So gelingt es uns, die Arbeiter, die jetzt noch empfänglicher sind, mit den wichtigsten Ereignissen vertraut zu machen.

Zum Schluß möchten wir an dieser Stelle noch das Verhalten des Rates der Stadt Freiberg etwas beleuchten. Diese Behörde lehnte es ab, die Kinder, die nach Worpsswede zur Erholung kommen, durch Gewährung einer Fahrgeldbeihilfe zu unterstützen. Die 3 Kinder sind Halbweisen. Ihre Väter wurden beim Reichswehreinmarsch 1923 getötet. Der Stadtrat stellt sich auf den Standpunkt, eine Unterstützung, auch der Kinderheime, könne nicht in Frage kommen, da die Organisationen, die freiwillige Wohlfahrtspflege betreiben, ohne behördliche Unterstützung auskommen müßten. Auf unsere weitere Anfrage, eine Sammlung zu genehmigen, damit wir für unser Hilfswerk Mittel erhalten, wurde uns wiederum ablehnender Bescheid gegeben. — Ein feiner Rat mit einem verantwortungs-



Die „Fichte-Wanderspartie“ veranstaltete in den Sälen „Märchenbrunnen am Friedrichshain“ eine Kundgebung „80 Jahre Märzstürme“. Unser Bild zeigt die Szene: „Die Weber“ von Heinrich Heine.



*Teilansicht von der Riesen-Markkundgebung in Berlin 1927 (Schloßfreiheit)*

bewußten Wohlfahrtsamt! Aber es heißen nicht alle Gemeinden in Deutschland Freiberg. Nicht überall gibt es derartige „Theoretiker“ im Amt, die für ihre Maßnahmen gegen Arbeiterorganisationen sofort ein „Prinzip“ zur Hand haben. Und immer wird es auch in Freiberg nicht so sein! Mit dieser Gewißheit arbeiten wir weiter.

#### Großthüringen.

Eine wuchtige Kundgebung für die Märzgefallenen, verbunden mit einer Fahnenübergabe, die die MOPR-Zelle der Trehgonaja Manufaktur, Krassnaja Pressnaja in Moskau, am 10. Jahrestag der russischen Revolution der Elgersburger Arbeiterschaft gestiftet hat, fand unter Beteiligung von 800 Werktätigen in Elgersburg am 18. März statt. Auf dem Lindenplatz in Elgersburg wurde dem ältesten in der Arbeiterschaft tätigen Genossen durch den Bezirksvorstand der Roten Hilfe die Fahne übergeben. Er gelobte, die Fahne der Revolution in Treue zu halten und sie im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterschaft voranzutragen. Durch Arbeitersänger und Sprechchöre wurde die Feier umrahmt. Nach längeren Ausführungen des Kartellvorsitzenden bewegte sich ein langer Demonstrationszug durch den Ort. An die MOPR-Zelle obengenannter Textilfabrik wurde unter Zustimmung der Teilnehmer vom Arbeiterkartell und ihm angeschlossenen Organisationen und Vereinen ein Solidaritätsbrief mit dem Wahlspruch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ übersandt. Neben einer Abendveranstaltung ist ein gut organisierter Literaturumsatz durchgeführt worden.

Am gleichen Tage wurde in Elgersburg eine Unterbezirkskonferenz der Rote-Hilfe-Ortsgruppen abgehalten. Berichte aus den Ortsgruppen wurden entgegengenommen und die nächsten und notwendigen Aufgaben unserer Organisation durchberaten.

Der 18. März wird in der Geschichte der Geraberger/Elgersburger Arbeiterschaft als ein Kampftag für die Parolen der Internationalen Roten Hilfe gebucht werden. Rote Wanderbühne Dresden. Durch 8 Veranstaltungen wurde die Rote Wanderbühne in Thüringen eingeführt. Das Stück „Sterbende Mütter“ fand überall reichlichen Beifall. Alle Orte verlangten, daß die Rote Wanderbühne recht bald wieder ein Gastspiel geben soll. Bereits im April werden weitere 14 Abende durchgeführt. Der Ueberschuß der ersten 8 Abende ist recht befriedigend. Filmveranstaltungen werden mit gutem Erfolg in Thüringen durchgeführt. Als Beispiel dafür gilt die Ortsgruppe Gehren. Die Genossen ließen sich schwer bewegen, eine solche Veranstaltung durchzuführen. Doch der Erfolg der ersten Veranstaltung gab ihnen den Mut, sofort eine weitere Veranstaltung folgen zu lassen. Am 21. April findet bereits die dritte Kinoveranstaltung statt. Das Ergebnis der ersten beiden Veranstaltungen ist sehr gut. Auch hat der Besuch unserer

Filmveranstaltungen einen großen agitatorischen Wert für die Rote Hilfe. Das Beispiel Gehren zeigt uns, daß bei recht viel Verständnis in dieser Beziehung viel getan werden kann zum Vorteil unserer Organisation.

#### Niedersachsen.

Im Gegensatz zu den letzten beiden Monaten war die Werbearbeit in unserem Bezirk sehr gut. Die Ortsgruppen machten von unseren Lichtbildvorträgen regen Gebrauch. Es zeigt sich, daß, wenn an die Arbeit planmäßig herangegangen wird, der Erfolg nicht ausbleibt. Die Lichtbildvorträge finden großes Interesse und starken Anklang. Das beweisen der gute Besuch und die Neuaufnahmen, die zu verzeichnen sind. Im ganzen konnten 17 Veranstaltungen stattfinden, die durchweg gut besucht waren. Selbst in den Orten, in denen es sonst kaum möglich ist, eine Versammlung zustande zu bringen, war der Besuch gut. Das sollte endlich auch den saumseligsten Ortsgruppen genügen, um ebenfalls von diesen Vorträgen Gebrauch zu machen. Die Unkosten werden durch die Selbstherstellung des Propagandamaterials durch den Bezirksvorstand stark gemindert. Es kommen fast nur die Kosten für Saal und Licht in Frage. Daß derartige Vorträge auch auf den Literaturvertrieb wirken, beweist u. a. die Ortsgruppe Peine. Es gelang ihr, schon bei der Propagierung des Vortrages, sämtliches alte Broschürenmaterial und über 100 „Rote Helfer“ zu verkaufen.

Die März - Gefallenen - Feiern waren ebenfalls durchweg gut, in einigen Orten sogar sehr gut besucht. Sie waren ausgefüllt mit

dem Theaterstück „Sterbende Mütter“, gespielt von der Roten Wanderbühne, Dresden. Der Erfolg dieser Abende war, wie bei den Lichtbildvorträgen, gut. — Durch die rührige Arbeit einzelner Ortsgruppen gelang es, vier neue Ortsgruppen zu gründen, in denen rüstig am weiteren Auf- und Ausbau gearbeitet wird. An „Roten Helfern“ wurden umgesetzt: 2300, an deren Vertrieb besonders die Ortsgruppen Peine, Helmstedt, Blankenburg, Sieker III, Celle, Clausthal-Zellerfeld, Wolfenbüttel beteiligt sind. — Für den Monat April sind schon jetzt eine Reihe von Mitgliedervorträgen angesetzt, davon einige in Orten, in denen noch keine Rote-Hilfe-Gruppen bestehen. Wir hoffen, letztere ins Leben rufen zu können.

Soeben erschienen:

Egon Erwin Kisch:

## Sieben Jahre Justizskandal

Max Hoelz

16 Seiten / Prels 20 Pf.

Zu beziehen vom Mopr - Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77-78 und den Betriebs-Obleuten



**Am 13. März fand im Palmengarten zu Leipzig eine Protestkundgebung der Roten Hilfe anlässlich des bevorstehenden Becher-Prozesses statt. Genosse Ernst Toller (am Rednerpult) stellte sich in kameradschaftlicher Solidarität neben den „Hochverräter“ Joh. R. Becher.**